

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren	19
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II	19
1. Leistungsarten	19
2. Hilfebedürftigkeit	19
3. Grundsatz des Forderns – Obliegenheiten	19
4. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen	20
II. Besondere Leistungsgrundsätze	24
1. Subsidiarität	24
2. Fehlen bereiter Mittel	24
3. Beschleunigungsgebot	25
4. Antragsrecht des LT	25
5. Verhältnis zu anderen Leistungen	26
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem LT	26
7. Besondere Art der Leistungsgewährung	26
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I	26
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I	27
c) Vorläufige Entscheidung nach § 328 SGB III	27
d) Vorwegzahlung	27
III. Verwaltungsverfahren	27
1. Antragsverfahren	27
2. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger	28
3. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes	30
4. Widerspruchsverfahren	31
a) Ablauf des Widerspruchsverfahren	31
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren	33
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren	34
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde	35
bb) Kostenfestsetzungentscheidung nach Widerspruchsverfahren	35
5. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren	36
a) Gebühren Nr. 2400, 2401 VV	37
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV	39
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten	40
d) Erledigungsgebühr nach Nr. 1005 VV	41
IV. Beratungshilfe	41
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe	41

Inhaltsverzeichnis

a) Bedürftigkeit	41
b) Bedarf für Beratung und Vertretung	43
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe	44
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe	45
a) Mehrere Angelegenheiten	45
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft	45
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt	45
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe	46
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe	48
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV	49
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV ...	49
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV	50
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe	50
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über	50
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Kla- geverfahren	51
 § 2 Leistungsberechtigte	53
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	53
1. Altersgrenzen	53
2. Erwerbsfähigkeit	53
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsmin- derung	54
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe	54
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit	54
6. Hilfebedürftigkeit	55
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland	56
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern	56
9. Bedarfsgemeinschaft	56
a) Haushaltsgemeinschaft	57
b) Nicht eheliche Lebensgemeinschaft	61
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbs- fähiger Kinder	63
d) Ehegatten und Lebenspartner	64
e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	64
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft	66
II. Ausschluss von Leistungen	68
1. Stationär untergebrachte Personen	68
2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung	68
3. Bezieher von Rente wegen Alters	68
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente	68

b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit anderen HB ..	69
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maßnahme der beruflichen Bildung	70
a) Leistungsausschluss	70
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss	72
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen	72
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden	72
cc) Ergänzende Leistungen zu den Kosten der Unterkunft	73
dd) Mini-BAföG, Berufsvorbereitung und Auszubildende ohne eigene Wohnung	73
ee) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5	74
 § 3 Leistungen nach dem SGB II	76
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	76
1. Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	76
2. Sozialversicherungspflicht bei Arbeitslosengeld II-Bezug	76
a) Krankenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	77
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht	78
c) Rentenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher	79
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung	80
e) Der Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder der freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse	82
f) Der Abzug der Kosten einer privaten Krankenversicherung vom Einkommen	83
g) Folgen fehlenden Versicherungsschutzes in der Krankenversicherung	85
h) Der Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Rentenversicherung	86
i) Folgen fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung	86
k) Exkurs: Der Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung für Nichtleistungsbezieher	87
aa) Zuschuss zur privaten Krankenversicherung	87
bb) Zuschuss zur Pflege- und Rentenversicherung	87
3. Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes	87
4. Leistungen für Mehrbedarfe	90
a) Leistungen bei Schwangerschaft	92
b) Leistungen für Alleinerziehende	92
c) Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teilnahme erhalten	92
d) Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung	93

Inhaltsverzeichnis

5. Sonder- und unabweisbare Bedarfe	95
a) Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger	95
b) Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf	97
c) Bedarf für die Schule	98
d) Atypische Bedarfe	98
e) Unabweisbarer Mehrbedarf nach Art. 1 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 GG	99
f) Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit	104
6. Leistungen für Unterkunft und Heizung	105
a) Ermittlung der Angemessenheit der Unterkunftskosten	105
b) Angemessene Heizkosten	109
c) Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung	110
d) Kostensenkungsaufforderung	110
aa) Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen	111
bb) Unzumutbarkeit der Kostensenkung	111
e) Sonderproblem und Ausnahme: Warmwasserbereitungskosten	112
f) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenhei- men	114
g) Aufteilung der Unterkunftskosten	115
h) Leistungen bei Umzug	116
i) Übernahme von Mietschulden	118
j) Zuschuss zu den Wohnkosten nach § 20 Abs. 7 bei Empfängern von Berufsausbildungsbeihilfen u.ä.	119
7. Befristeter Zuschlag	120
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit	123
1. Persönlicher Ansprechpartner	123
2. Eingliederungsvereinbarung	123
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen	124
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung „1-Euro-Job“ ..	125
§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen	129
I. Anrechnung von Einkommen	129
1. Unterschied Einkommen – Vermögen	129
II. Ausnahmen von der Anrechnung	130
1. Einnahmen nach dem SGB II	130
2. Grundrenten	130
3. Schmerzensgeld	131
4. Zweckbestimmte Einnahmen	131
5. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 ALG II/Sozialgeld- verordnung	134
6. Elterngeld/Erziehungsgeld	135
III. Anrechnung von Einkommen	135

1. Steuern auf das Einkommen	135
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	136
3. Beiträge zu privaten Versicherungen	137
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen	137
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind	138
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterrente“	140
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten	141
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag in Höhe von 100 Euro	142
aa) Grundfreibetrag	142
bb) Freibeträge für Erwerbstätige	143
f) Abzug von Unterhaltszahlungen	147
g) Kinderfreibetrag für Empfänger von BAföG oder BAB-Leistungen	147
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen	148
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld	152
1. Kinderzuschlag	152
2. Anspruch auf Wohngeld	153
V. Anrechnung von Vermögen	154
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände	154
2. Vertragliche Verwertungshindernisse	154
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse	155
a) „Rürup“ – Basisrente	155
b) Versicherung zur Alterssicherung	155
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse	155
4. Abzusetzendes Vermögen	156
a) Grundfreibetrag	156
b) Grundfreibetrag Minderjähriger	157
c) Besonderer Grundfreibetrag für ältere HB	157
d) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten	157
e) Gefördertes Altersvorsorgevermögen	158
f) Besondere Altersvorsorge Basisrente	158
g) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen	160
h) Ansparfreibetrag	161
5. Nicht zur berücksichtigendes Vermögen	161
a) Angemessener Hausrat	161
b) Angemessenes Kraftfahrzeug	161
c) Angemessene Altersversorgung	162
d) Selbst genutztes Hausgrundstück	164
e) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen	165
f) Allgemeine Härteregelung	165

Inhaltsverzeichnis

6. Umschichtung von Vermögenswerten	167
§ 5 Sanktionen	170
I. Absenkung bei großer Pflichtverletzung	170
1. Verweigerter Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung	170
2. Nichterfüllung der Pflichten in der Eingliederungsvereinbarung	170
3. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit	173
4. Ablehnung einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit	173
5. Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen	174
6. Keine Sanktion bei wichtigem Grund	175
II. Absenkung bei kleiner Pflichtverletzung	175
§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter	181
I. Rückforderung von Leistungen	181
1. Aufhebung von Verwaltungsakten	181
a) Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakten nach § 45 SGB X	182
b) Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X	186
c) Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X	186
2. Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen	188
3. Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II ..	189
a) Reduzierter Rückforderungsbetrag bei Aufhebung nach § 45 Abs. 1 S. 1 und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 4 SGB X	189
b) Aufrechnung bei Unredlichkeit	189
4. Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X	190
5. Verhältnis zu Erstattungsansprüchen der Leistungsträger	190
a) Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen	190
b) Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhen eines anderen Sozialleistungsanspruchs	191
c) Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers	191
d) Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten	193
II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger	194
1. Übergang von Ansprüchen des HB	194
a) Allgemeine Regelungen	194
b) Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche	195
c) Geltendmachung des Anspruchs durch den LT	196
2. Einzelne Ansprüche	197
3. Ansprüche gegen Rechtsnachfolger	199
4. Schadenersatzansprüche gegen den HB	200
a) Schadenersatz bei sozialwidrigem Verhalten	200
b) Schadenersatz bei Abbruch von Bildungsmaßnahmen	200

§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten	202
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht	202
1. Rechtsweg	202
2. Örtliche Zuständigkeit	202
3. Klagearten	202
a) Anfechtungsklage	202
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	203
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	203
d) Untätigkeitsklage	204
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag	204
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung	205
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum	206
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift	207
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	208
a) Korrektur der Klageschrift	208
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden	209
9. Klagerücknahmefiktion	210
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung	212
a) Amtsermittlung	212
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung	212
c) Beendigung des Verfahrens	212
aa) Klagerücknahme	212
bb) Anerkenntnis	213
cc) Angenommenes Anerkenntnis	213
dd) Teilanerkenntnis	214
ee) Urteil – Gerichtsbescheid	215
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil	216
gg) Inhalt des Urteils	216
II. Kosten des Klageverfahrens	217
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung)	218
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG ..	218
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten	218
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren)	219
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten	219
b) Anhörungsrüge	219
c) Verfassungsbeschwerde	219
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren	220
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102, 3103	220
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV	224
IV. Prozesskostenhilfe	226

Inhaltsverzeichnis

1. Erfolgsaussichten	227
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig	227
3. Bagatellrechtsprechung	227
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfegesuchs	228
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe	229
6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe	229
7. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung	230
8. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Prozesskostenhilfe	230
9. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden PKH Beschluss	231
10. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse	232
11. Gebühren im Prozesskostenhilfeantragsverfahren	232
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten	233
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen	234
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den LT	234
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen	235
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis	236
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen	236
a) Anordnungsanspruch	237
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile	237
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich	239
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft	240
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschutzes ..	240
4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einstweiligen Rechtsschutz	241
5. Dauer der Leistungsgewährung	242
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache)	242
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	243
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	243
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	246
VI. Berufungsverfahren	247
1. Zulassung der Berufung	247
a) Grundsätzliche Bedeutung	248
b) Divergenz	248
c) Verfahrensmangel	249
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht	249
VII. Revision und Sprungrevision	250
Anhang	253
I. Muster isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe	253

II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht	254
III. Muster: Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG	256
IV. Muster: Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	259
V. Muster: Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid	261
VI. Muster Anfechtungs- und Leistungsklage	263
VII. Muster: Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“	266
VIII. Muster: Atypischer Bedarf Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid	268
Stichwortverzeichnis	273